

# Keine Freiheit – im Gegenteil

Von Petra Pau

Es ist ein Satz zeitloser Schönheit: „Wir lieben DIE FREIHEIT!“ Eine Verheißung, wie auch dieser: „Es geht nicht mehr um rechts oder links, sondern um frei oder unfrei.“ Als dennoch Linke ist man geneigt, mit Karl Marx zu ergänzen, dass alle Verhältnisse umzuwerfen seien, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Zumal: Die Zahl derer, die sich sozial erniedrigt und politisch verlassen fühlen, wächst. So sind die deutschen Zustände 2011.

Also höchste Zeit für Alternativen, für *die* Alternative, denn als solche preist sich die Partei „DIE FREIHEIT“ im aktuellen Berliner Wahlkampf.

Volkssentscheide ohne Tabu-Themen, Abbau überbordender Bürokratie, bessere Bildung, West-Tarife für Osis, wer würde da nicht zustimmen. Und wo Ungläubige noch zögern, lockt die Freiheitspartei programmatisch perfekt mit Freibier, so geschehen in meinem Wahlkreis, Marzahn-Hellersdorf.

Wer weiter liest, wird anderes finden: Härtere Strafen, mehr Polizei und Überwachung, weniger Sozialleistungen, strikte Arbeitspflicht und schärfere Sanktionen, allemal gegen Ausländer, insbesondere Muslime.

DIE FREIHEIT für alle entpuppt sich als deutsch-nationales Geschwätz, leicht kompatibel mit Forderungen der ebenfalls rechtspopulistischen „Pro Berlin“-Partei. Sie ist ein rechter CDU-Auswuchs, wie ihr Gründer René Stadtkewitz, eine NPD-light ohne faschistische Wurzeln, mit Schlips und Kragen, eine Herausforderung für alle Demokratinnen und Demokraten.

Die Grundphilosophie ist kopiert und EU-weit anzutreffen: Soziale Probleme werden ethnisiert, also vermeintlich unwilligen Ausländern und anderweit Gesindel angelastet. Der Hauptfeind heißt Muslim, Deutschland erwache.

Weniger Moscheen, mehr Abschiebungen, weniger Sozialstaat, mehr Repressionen, kurzum weniger Freiheit, mehr Zwang für alle, die nicht als deutschnationale Leistungsträger gelten. Naheliegend, dass eine solche Partei strikt am dreigliedrigen Schulsystem festhält, weil sich die Spreu so besser vom Weizen trennen lässt. Und ebenso folgerichtig wirbt DIE FREIHEIT dafür, dass arbeitslose Jugendliche zu Diensten verpflichtet werden.

Die Gesellschaft wird in gut und böse geteilt und Menschen werden nach Nützlich und Schädlich sortiert. So wird getrennt, was angeblich nicht zusammengehört und so wird verdeckt, was wirklich sprengt. Sozialpolitisch „Hartz V“ und „Antiterrorkampf“ innenpolitisch, so sieht die propagierte neue FREIHEIT aus, sobald man sie ihrer Phrasen und Sprüche entkleidet. Deshalb habe ich jüngst bemerkt: Dieser Rechtspopulismus ist derzeit gefährlicher als die NPD. Er sammelt nicht am extrem rechten Rand, er greift inmitten der Gesellschaft an. Und um sich, wenn man ihn nicht ernst nimmt.

In Berlin gibt es ein „Ratschlag für Demokratie“, ein Personenbündnis, das in seiner Vielfalt kunterbunter kaum sein könnte. Aktuelle wirbt er „Für demokratische Streitkultur und Toleranz im Wahlkampf“:

„Im Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus, das am 18. September 2011 neu gewählt wird, ruft der Berliner Ratschlag für Demokratie alle Parteien sowie alle Wählerinnen und Wähler auf, sich zur Vielfalt unserer Stadt zu bekennen und gegenseitigen Respekt zu zeigen.

In Wahlkämpfen wird öffentlich über politische Lösungswege und Programme gestritten. Aber Wahlkämpfe sind auch Proben für demokratische Kultur, Fairness und Toleranz. Dies gilt besonders für eine Weltstadt wie Berlin, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Kultur und Religion zusammen leben.

Der Berliner Ratschlag für Demokratie fordert alle Parteien auf, im Wahlkampf Parolen zu unterlassen, die einzelne Menschen und Gruppen ausgrenzen oder diskriminieren. Wer Minderheiten ausgrenzt, trifft auf unseren Widerstand. Wir bleiben offen für das Unbekannte und verpflichten uns zu gegenseitigem Respekt.

Jede Kultur, jede Religion, jede Tradition hat in Berlin ihren Platz, solange sie die demokratischen Rechte aller Menschen respektiert. Das Ausgrenzen von Minderheiten, Religionen und Kulturen wird die sozialen Konflikte in Berlin nicht lösen, sondern verschärfen. Berlin hat immer dann geblüht, wenn viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen hierher kamen, um ihr Glück zu suchen.

Wir rufen die Wählerinnen und Wähler auf, die Parteien danach zu beurteilen, ob sie für ein Berlin eintreten, das sich aufnahmebereit für das Neue und das Belebende einer Einwanderungsgesellschaft zeigt. Ausländerfeindliche, fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und diskriminierende Propaganda darf im Wahlkampf keinen Platz haben.

Es geht darum, wie wir unsere Gesellschaft gestalten und wie unsere Stadt lebenswert bleibt für alle, die in ihr leben wollen. Das geht nur, wenn wir klischeehaftes Freund-Feind-Denken überwinden. Der Wahlkampf ist dazu eine gute Gelegenheit.“

**Mo Asumang**, Filmemacherin, Moderatorin - **Magdalena Bienert**, Moderatorin und Reporterin - **Carola Bluhm**, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales - **Nils Busch-Petersen**, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e. V. - **Safter Çinar**, ehem. Vorstandssprecher des Türkischen Bundes Berlin -Brandenburg e.V. - **Dr. Markus Dröge**, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz - **Vera Gäde-Butzlaff**, Vorsitzende des Vorstands der Berliner Stadtreinigungsbetriebe - **Prof. Monika Grütters**, Mitglied des Deutschen Bundestages - **René Gurka**, Geschäftsführer Berlin Partner GmbH - **Weihbischof Dr. Matthias Heinrich**, Diözesanadministrator - **Uwe-Karsten Heye**, Vorstandsvorsitzender »Ge-sicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland« e. V. - **Anetta Kahane**,

Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung - **Helmut Löhöffel**,  
Herausgeber des Informationsdienstes »blick nach rechts« - **Walter Momper**,  
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin - **Prof. Dr. Andreas Nachama**,  
Geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors - **Petra Pau**,  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages - **Dagmar Reim**, Intendantin des  
Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) - **Ulrich Schellenberg**, Vorsitzender des  
Berliner Anwaltsvereins e. V. - **Wolfram Schweizer**, TV.Berlin Leiter der  
Politik-Redaktion – **Prof. Klaus Staeck**, Präsident der Akademie der Künste  
Berlin - **Jochim Stoltenberg**, Journalist, Berliner Morgenpost - **Susanne  
Stumpfenhusen**, Gewerkschaftssekretärin ver.di - Landesbezirk Berlin-  
Brandenburg - **Lala Süsskind**, Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen  
Gemeinde zu Berlin - **Dr. h.c. Wolfgang Thierse**, Vizepräsident des Deutschen  
Bundestages - **Hanns Thomä**, Der Beauftragte für Migration und Integration  
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz - **Doro  
Zinke**, Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg - **Prof. Dr. E. Jürgen  
Zöllner**, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

*(aus: „antifa“, Ausgabe September – Oktober 2011)*